



Beschlusslage

Klare Positionierung gegen Parität und Quoten in Partei und Parlamenten

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) fordert die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) auf, Quotenregelungen, welche für Frauen eine Mindestanzahl in zu wählenden Gremien garantieren, abzuschaffen und sich klar gegen die paritätische Besetzung von Parlamenten und anderen Wahlgremien zu positionieren. Gleichzeitig muss sich die CDU auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der innerparteiliche Wettbewerb und gleiche Ausgangschancen gewahrt werden und die durch vermeintlich politisch korrekten Aktionismus bedrohte Verfassungsmäßigkeit unseres Rechtsstaates geschützt wird. Aus diesem Grund fordert der RCDS die CDU auf, ihre Parteistruktur zu überdenken und die Partei zukünftig so aufzustellen, dass Frauen ohne Quoten- und Paritätsregelungen die gleichen Ausgangschancen wie ihre männlichen Mitstreiter haben.

Begründung

Außer Frage steht, dass die Demokratie viele Frauen in Parteigremien und Parlamenten braucht, da für die öffentliche Meinungsbildung die Sicht beider Geschlechter auf Politik und Gesellschaft insbesondere in der Parteienlandschaft ausschlaggebend ist. Ebenso wichtig für den meinungsbildenden Prozess ist allerdings der Wettbewerb. Er stellt sicher, dass Kandidaten zum Zuge kommen, die inhaltlich stark, rhetorisch gut und/oder überzeugend sind. Das in unserem Grundgesetz festgeschriebene Repräsentationskriterium ist durch keine äußeren Merkmale begründet. Das Verhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zeichnet sich durch Wahl, Chancengleichheit und Abberufbarkeit in unserer liberalen Demokratie aus.



Beschlusslage

Das 2019 in Brandenburg beschlossene Paritätsgesetz, welches verfassungswidrig ist, trägt nicht zu einer Gleichstellung oder einer nächsten Generation der Frauenemanzipation bei, sondern lediglich zu einer Diskriminierung zwischen den Geschlechtern. In den Studentenparlamenten und -räten an vielen Universitäten haben wir mittlerweile die Situation, dass engagierten jungen Männern die Partizipation in politischen Gremien verwehrt bleibt, allein deshalb, weil sie keine Frau sind und die Liste quotiert sein muss. Wenn die SPD und allen voran Katharina Barley erklärt, man müsse „gleiche Ausgangsvoraussetzungen im Wahlrecht“ schaffen, scheint die ehemalige Justizministerin zu vergessen, dass diese Voraussetzung seit gut 100 Jahren, nämlich seit Einführung des Frauenwahlrechts, aktiv und passiv, besteht.

2

Vielmehr ist die Frage, welche Frau es sich im Spannungsfeld von Karriere, Familie und Freizeit leisten kann und möchte, auch noch ein politisches Ehrenamt beispielsweise im Stadtrat auszuüben. Denn es ist mehr als nur zu kurz gedacht, politische Spitzenämter zu quotieren und zu glauben, die Gesellschaft sei durch eine paritätisch besetzte Liste im Bundestag verändert. Menschen können nicht gezwungen werden, in eine Partei einzutreten. Sind etwa Parteien für Frauen unattraktiver als für Männer? Dann sollte man nach Gründen suchen und zuerst einmal alles daransetzen, die Attraktivität von Parteien für Frauen zu steigern, indem mit wirklicher Gleichberechtigung geworben werden kann und Frauen motiviert und ermutigt werden, sich für eine Sache zu engagieren. Der Anspruch einer Partei muss sein, einen gesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen, welcher sich individuell mit Problemen und Lösungen auseinandersetzt. Wer sich unter dem Deckmantel einer Quote zurücklehnt und denkt, damit der Chancengleichheit zu dienen, ignoriert die grundlegenden Probleme. Die Quote an sich bietet keine echte Lösung an. Es wird lediglich der nach außen wahrnehmbare Frauenanteil erhöht.

Ganz gleich welche Motive es für eine Frauenquote geben mag, eine Quote in zu wählenden Gremien, die einen Mindestprozentsatz an Frauen vorschreibt, untergräbt den Wettbewerb. Dieser ist für eine umfassende und vor allem



Beschlusslage

demokratische Meinungsbildung unerlässlich. Im Idealfall sollen „Quotenfrauen“ auch „wettbewerbsfähig“ sein. Jedoch ist dieses Wunschmodell in der praktischen Umsetzung nicht realisierbar. Die Erfahrung zeigt deutlich, dass Quotenfrauen selbst einen schweren Stand haben. Quotenfrauen werden oftmals ausschließlich auf Grund ihres Geschlechtes gewählt. Die fachliche Kompetenz ist dadurch dann meist zweitrangig. Dies hat zur Folge, dass der Respekt gegenüber der Person im Amt weniger hoch ist.

Fazit

Der RCDS braucht keine Quoten. Im RCDS stehen Menschen als Person mit anderen Menschen im Qualitätswettbewerb unabhängig von ihrem Geschlecht. Im RCDS bekleiden deswegen auf natürlichem Wege viele Frauen Führungspositionen. Daher fordert der RCDS die CDU auf, die eigenen Strukturen zu überdenken und zeitgemäße Politik zu betreiben, die auf nationalen und nicht emotionsgesteuerten Entscheidungen basiert. Es ist an der Zeit, dass die CDU sich gegen den Mainstream der Parität und Quotenregelungen stellt und sich traut, eine eigene Position zu beziehen und Wettbewerb und Verfassung zu schützen.